

Sozialökologisches Panel

August 2026



JANA EßER, MANUEL FRONDEL, LEANDER HOLTZ

Bedeutung des Klimawandels im Zeitverlauf

Inhalt

Zur Studie	3
Klimawandel und andere Herausforderungen	4
Glaube an den Klimawandel und seine Ursachen	7
Allgemeine Umwelteinstellungen	10
Zustimmung zu Maßnahmen der Energiewende und Energieunabhängigkeit	13
Zustimmung zu Verwendungen der Einnahmen der CO₂-Bepreisung	16
Fazit und Schlussfolgerung	19
Studiendesign	22
Impressum	23

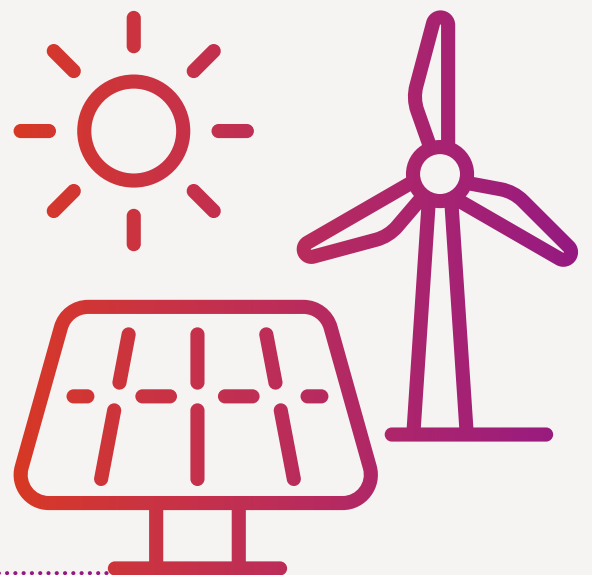
Zur Studie

Das Klimaschutzgesetz verpflichtet Deutschland, bis 2045 klimaneutral zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, ist neben effektiven Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende auch die gesellschaftliche Unterstützung für diese Maßnahmen von entscheidender Bedeutung. Die Unterstützung dieser Maßnahmen durch die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands wird seit dem Jahr 2021 im Rahmen des Sozialökologischen Panels untersucht. Das Panel wird von der E.ON Foundation gefördert und seit 2021 vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut forsa Jahr für Jahr um Daten aus einer zusätzlichen Erhebung erweitert.

So werden die Panelmitglieder jährlich nach den beiden aus ihrer Sicht wichtigsten politischen Themen sowie ihren Überzeugungen bezüglich der Existenz des Klimawandels und dessen Ursachen gefragt. Darüber hinaus werden sie gebeten, ihre Meinungen zu verschiedenen Energiewende-Maßnahmen zu äußern.

Die jüngste Erhebung zum Sozialökologischen Panel fand im Zeitraum vom 23. Oktober bis zum 12. November 2025 statt. Die für die folgenden Abbildungen verwendeten Daten basieren auf den Antworten von jenen 3.224 Befragten, die in allen fünf Jahren 2021 bis 2025 an der jeweiligen Erhebung teilgenommen haben. Die daraus resultierenden Paneldaten erlauben, die zeitlichen Veränderungen in der Zustimmung der Befragten zum Klimaschutz und ihrer Präferenzen und Prioritäten zu skizzieren.

Klimawandel und andere Heraus- forderungen



Die aus dem Sozialökologischen Panel resultierenden Ergebnisse zeigen, dass sich die Wahrnehmung von Umwelt und Klimawandel als wichtige gesellschaftliche Herausforderung seit 2021 deutlich reduziert hat (Abbildung 1). Hierzu wurden die Teilnehmenden nach den beiden ihrer Meinung nach wichtigsten von insgesamt 13 Problemfeldern¹ befragt, sowie nach ihrem Glauben an den Klimawandel und ihrer Einschätzung zu seinen Ursachen. Außerdem wurden verschiedene Fragen zu Umwelteinstellungen und dem Verhältnis von Klimaschutz und Wirtschaft gestellt.

Die Auswahlmöglichkeit „Umwelt und Klimawandel“ hat seit dem Jahr 2021 erkennbar an Relevanz verloren. Im Jahr 2021 wählten noch 59,3 % der Befragten diese Herausforderung als eine der zwei wichtigsten Herausforderungen aus. Dieser Anteil sank bereits im Jahr darauf deutlich und lag 2022 bzw. 2023 nur noch bei 48,7 % bzw. 48,1 %. In den Jahren 2024 und 2025 fiel dieser Anteil weiter und erreichte 2025 mit 31,8 % seinen bisherigen Tiefststand. Dieser Rückgang zeigt, wie andere politische Themen den Klimawandel in den Hintergrund drängten.

Umwelt und Klimawandel im Ranking gesellschaftlicher Herausforderungen

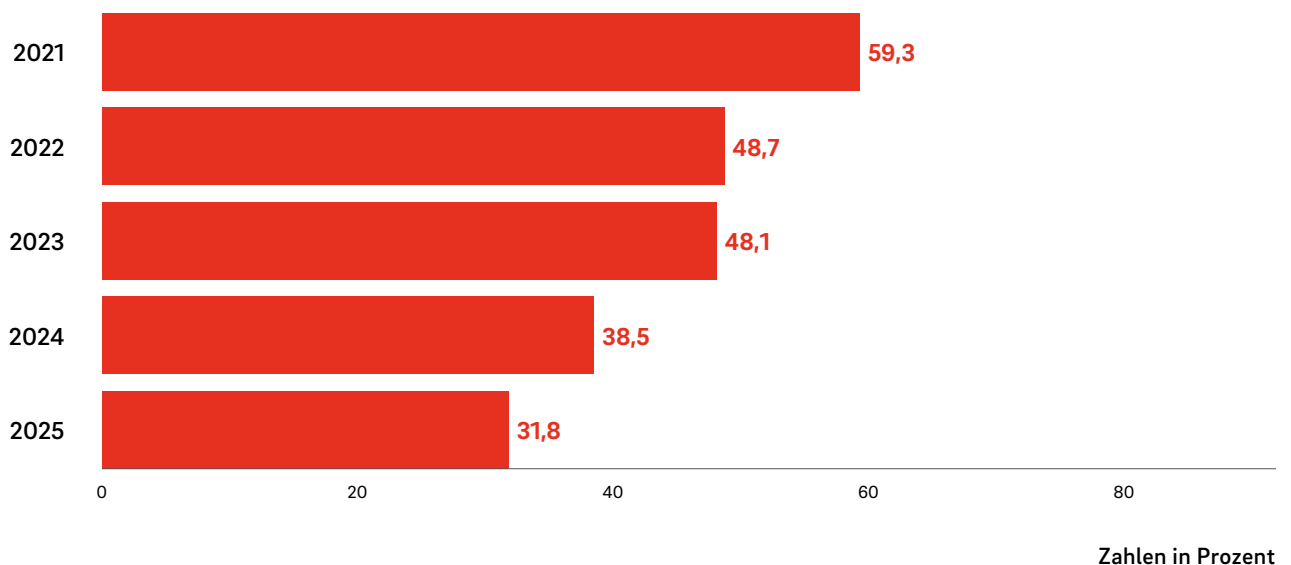


Abbildung 1 Wahrnehmung von „Umwelt und Klimawandel“ als eine der zwei wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland. (n = 3.224)

Quelle Sozialökologisches Panel 2021-2025. Eigene Berechnung und Darstellung.

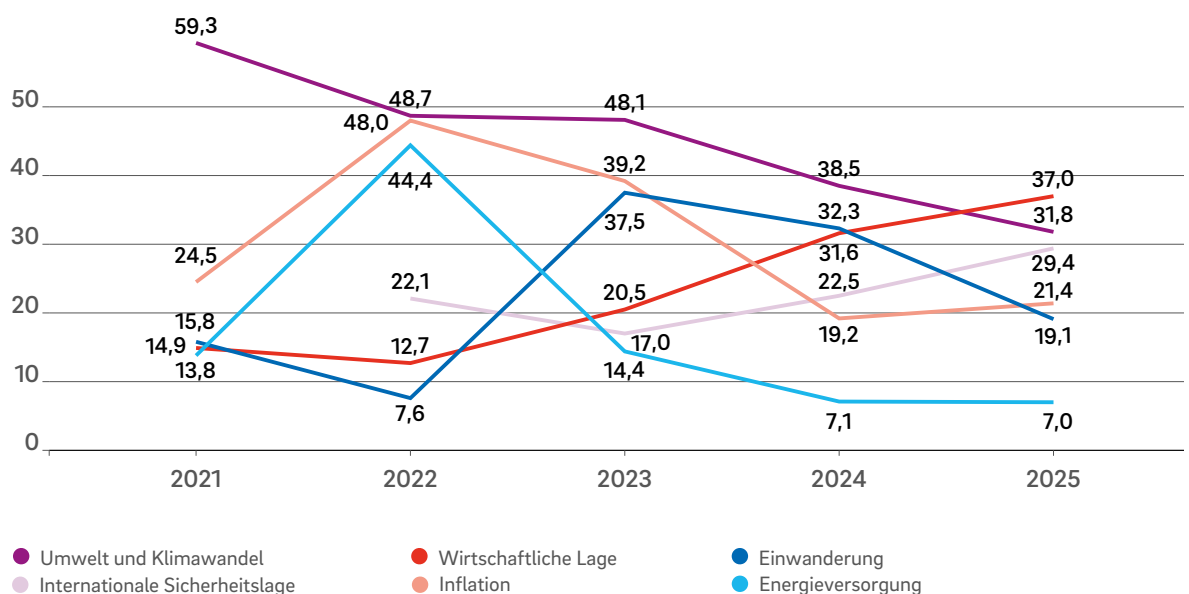
¹ Die Auswahlmöglichkeiten internationale Sicherheitslage und Bildung wurden erst in den Jahren 2022 und 2024 hinzugefügt. 2021 gab es daher nur elf Auswahlmöglichkeiten sowie die Antwortoption „Sonstiges“.

Welche Themen die Befragten stattdessen bewegten, hat sich über die Jahre mehrmals geändert (Abbildung 2). So dominierten im Jahr 2022 neben Umwelt und Klimawandel die Themen Inflation und Energieversorgung, die für 48,0 % bzw. 44,4 % der Antwortenden eine der beiden wichtigsten Herausforderungen waren – wohlweislich als Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Verlor die Energieversorgung in den folgenden Jahren deutlich an Bedeutung, blieb Inflation mit einem Anteil von 39,0 % der Befragten auch 2023 ein wichtiges Thema. Daneben entwickelte sich Einwanderung mit Anteilen von 37,5 % (2023) bzw. 32,3 % (2024) zu einem wichtigen gesellschaftlichen Thema.

Im Jahr 2025 war die wirtschaftliche Lage bei 37,0 % der Antwortenden das Thema, das am häufigsten als eines der zwei wichtigsten aktuellen Probleme wahrgenommen wurde. Nach dem Thema Umwelt und Klimawandel mit 31,8 % folgte die internationale Sicherheitslage mit 29,4 % sowie Inflation (21,4 %) und Einwanderung (19,1 %), die aber beide erkennbar an Relevanz gegenüber den Vorjahren verloren haben.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Thema Umwelt und Klimawandel über die Jahre an Bedeutung verlor, aber noch bis zum Jahr 2024 am häufigsten als eines der zwei wichtigsten Probleme genannt wurde. Gleichzeitig gewann die wirtschaftliche Lage stark an Bedeutung und löste im Jahr 2025 Umwelt und Klimawandel als wichtigstes Thema ab. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die Zunahme an Krisen und die damit einhergehenden Probleme die Wahrnehmung von Klima- und Umweltschutz als ein akutes Problem in der Bevölkerung reduziert hat. Die durch den USA-Iran-Krieg ausgelöste Energiekrise in der ersten Jahreshälfte 2026 und die daraus resultierenden negativen Folgen legen nahe, dass sich das erst einmal nicht ändern wird.

Ranking der zwei wichtigsten Herausforderungen 2021-2025



Zahlen in Prozent

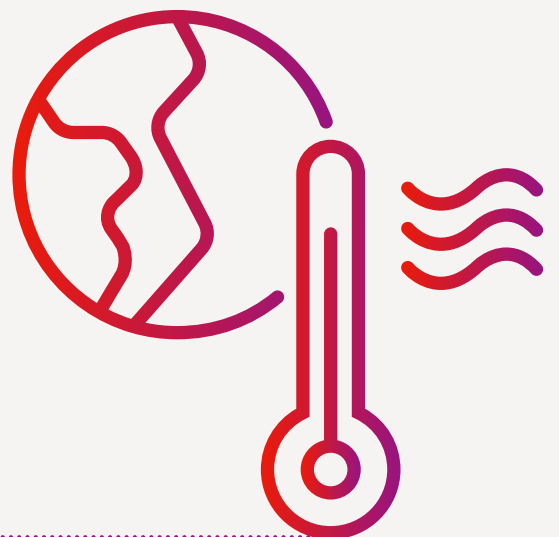
Abbildung 2

Verdrängung von „Umwelt und Klimawandel“ als eine der zwei wichtigsten Herausforderungen in Deutschland durch neue gesellschaftliche und politische Entwicklungen. (Anzahl an Antwortenden: n = 3.224)

Quelle

Sozialökologisches Panel 2021-2025. Eigene Berechnung und Darstellung.

Glaube an den Klimawandel und seine Ursachen



In Bezug auf die Existenz des Klimawandels und dessen Ursachen sind die Veränderungen der Antworten in den vergangenen fünf Jahren moderat. Glaubten 2021 noch 90,5 % der Befragten an die Existenz des Klimawandels, erreichte dieser Anteil 2023 mit 94,8 % seinen Höhepunkt. Seitdem ist die Überzeugung von der Existenz leicht rückläufig, lag 2025 aber immer noch deutlich über dem Niveau von 2021 (Abbildung 3).

Die Überzeugungen bezüglich der Ursachen des Klimawandels unter jenen Befragten, die an die Existenz des Klimawandels glauben, veränderten sich in vergleichbarem Maße. Die Anzahl der Befragten, die zwar von der Existenz überzeugt sind, den Ursprung aber überwiegend natürlichen Faktoren und nicht dem Menschen zuschreiben, ist seit 2021 kontinuierlich gestiegen (Abbildung 4). Waren es 2021 noch 3,8 %, so wählten 2025 bereits 6,7 % der Befragten diese Antwortmöglichkeit. In ähnlichem Umfang sank hingegen der Anteil der Menschen, die glauben, dass der Klimawandel zu gleichen Teilen von Menschen und Natur hervorgerufen wird. Hier lag der Anteil 2024 noch ähnlich wie 2021 bei 23,5 %, sank im Jahr 2025 jedoch auf 20,9 %.

Glaube an die Existenz des Klimawandels

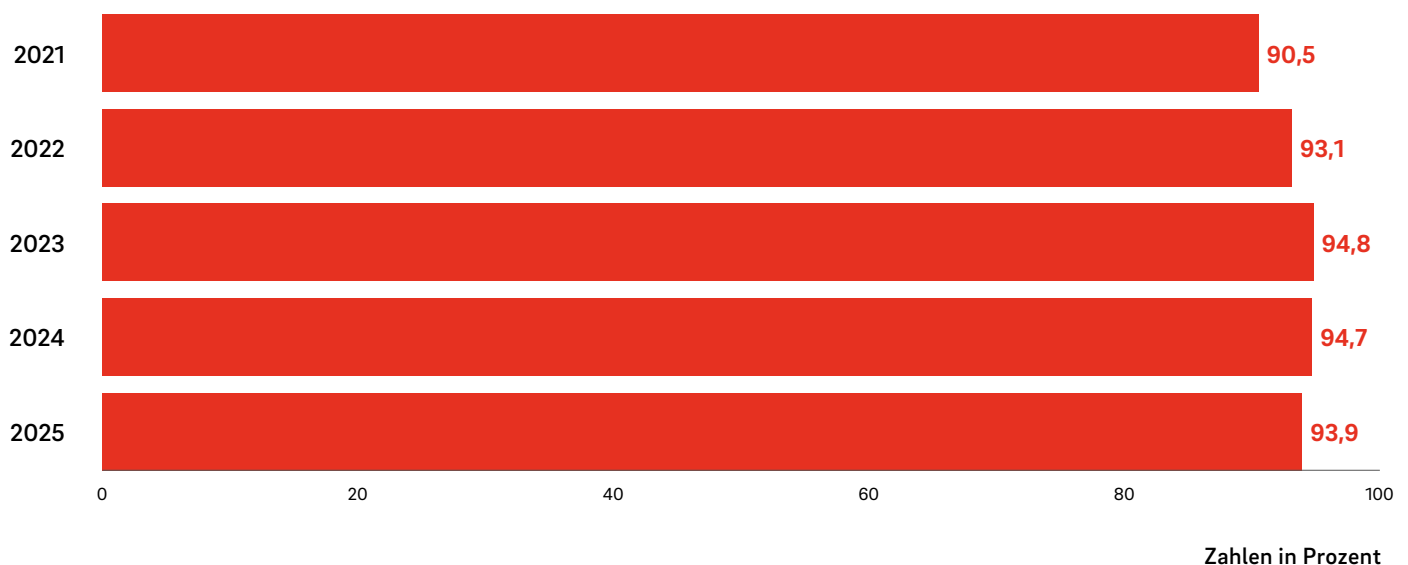
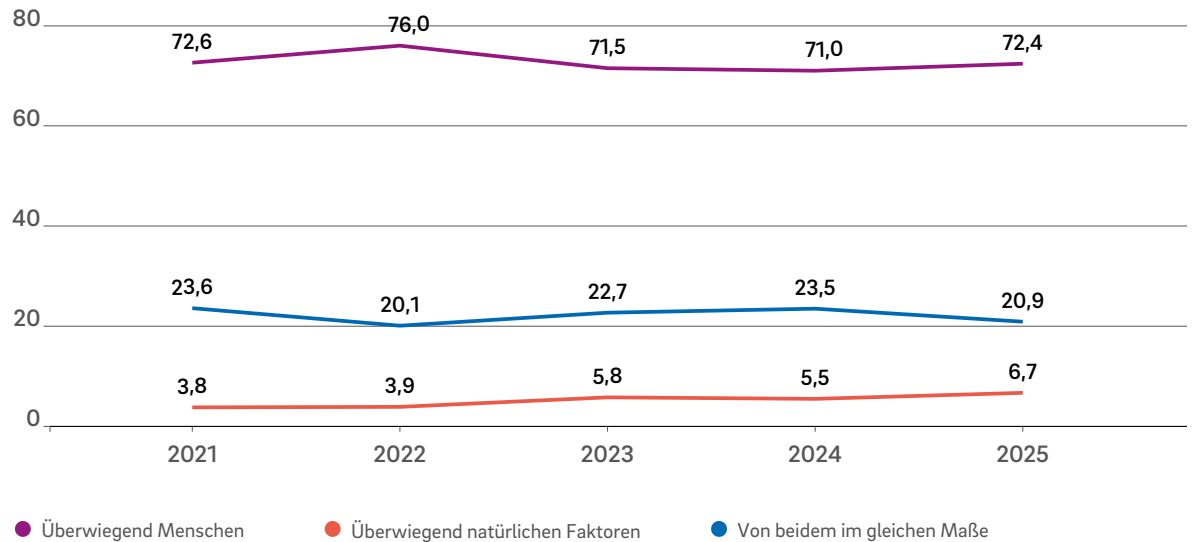


Abbildung 3 Anzahl an Antworten: n = 3.152-3.191
Quelle Sozialökologisches Panel 2021-2025. Eigene Berechnung und Darstellung.

Ursachen des Klimawandels



Zahlen in Prozent

Abbildung 4
Quelle

Anzahl an Antworten: n = 2.857-2.992
 Sozialökologisches Panel 2021-2025. Eigene Berechnung und Darstellung. Die Anteile beziehen sich auf diejenigen Befragten, die an die Existenz des Klimawandels glauben.

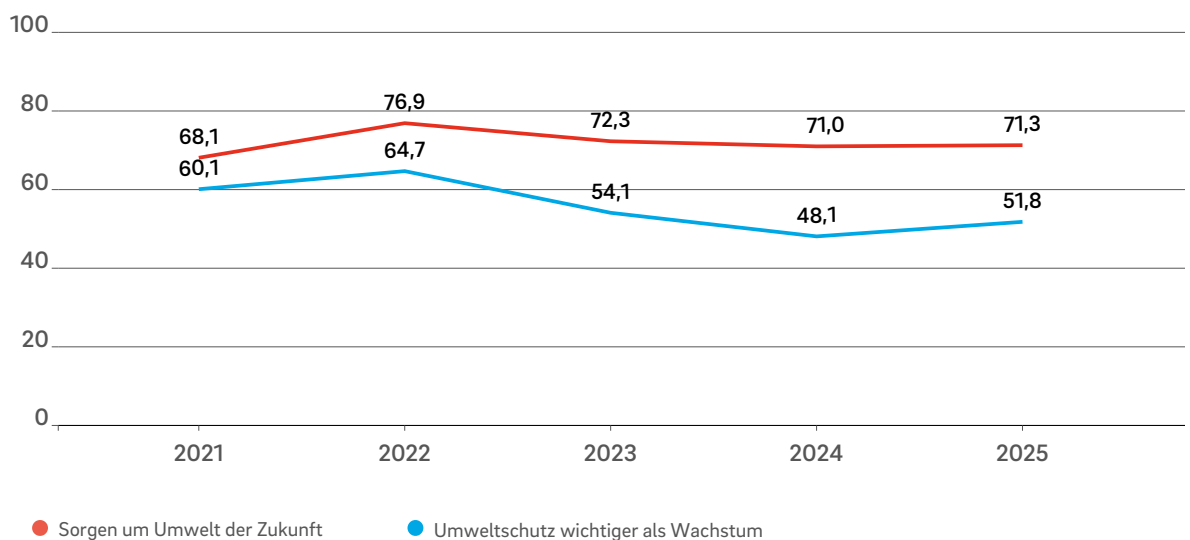
Innerhalb der Befragten, die an den Klimawandel glauben, blieb der Anteil derer, die an einen menschengemachten Klimawandel glauben, weitgehend konstant. Mit Ausnahme des Jahres 2022, in dem 76,0 % diese Option auswählten, schwankte dieser Anteil zwischen 71,0 % und 72,6 %.

Allgemeine Umwelt- einstellungen



Um allgemeine Umwelteinstellungen zu erheben, wurden Teilnehmende gefragt, ob sie beim Gedanken an die Umweltbedingungen für ihre Kinder und Enkelkinder beunruhigt sind, und ob Umweltschutz in Deutschland Vorrang haben sollte, selbst wenn das Wirtschaftswachstum dadurch beeinträchtigt würde. Die Fragen wurden auf einer 5-Punkte-Likert-Skala von „Stimme überhaupt nicht zu“ bis „Stimme voll und ganz zu“ beantwortet. Im Folgenden werden die Anteile derer dargestellt, die die Frage mit „Stimme eher zu“ oder „Stimme voll und ganz zu“ beantwortet haben (Abbildung 5).

Vorrang für Umweltschutz vor Wachstum und Sorge um kommende Generationen



Zahlen in Prozent

Abbildung 5 Zustimmung für die Aussagen „Umweltschutz sollte für Deutschland Vorrang haben, selbst wenn er das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt.“ und „Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltbedingungen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.“ (Anzahl an Antworten: n = 3.165-3.199)

Quelle Sozialökologisches Panel 2021-2025. Eigene Berechnung und Darstellung.

Im Jahr 2025 gaben 71,3 % der Befragten an, sich Sorgen um die Umweltbedingungen in der Zukunft zu machen. Damit lag der Anteil auf einem vergleichbaren Niveau wie in den beiden Vorjahren. Im Jahr 2022 war die Zustimmung mit 76,9 % erkennbar höher, im Jahr 2021 mit 68,1 % etwas niedriger. Es gibt somit keinen erkennbaren Trend, dass sich die Menschen mehr Sorgen um die Umweltbedingungen der Zukunft machen.

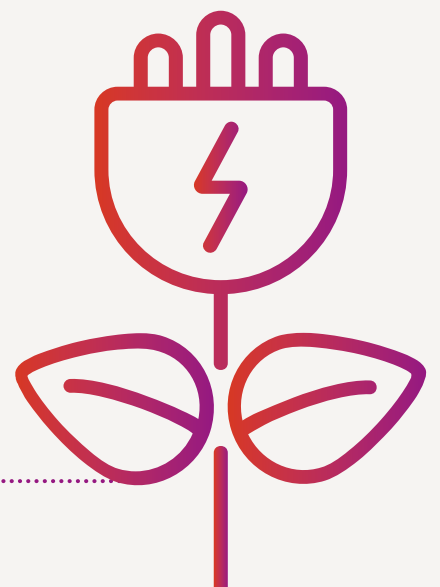
Die Frage, ob Klimaschutz auch verfolgt werden sollte, wenn dies das Wachstum beeinträchtigt, bejahten im Jahr 2025 51,8 % der Teilnehmenden. Dies sind zwar 4 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, jedoch erkennbar weniger als in den Jahren 2022 und 2021, als noch 64,7 % bzw. 60,1 % der Aussage zustimmten. Im Lauf der Zeit ist also eine sinkende Zustimmung zum Klimaschutz zu beobachten, wenn dieser auf Kosten des Wachstums geht.

Einstellungen zum Klimawandel

Die Ergebnisse zu den aktuellen Problemen, dem Glauben an den Klimawandel und den Umwelteinstellungen zeigen, dass sich die Überzeugung von der Relevanz der Bekämpfung des Klimawandels in den vergangenen Jahren nicht grundsätzlich verändert hat. Die Anzahl der Menschen, die an den Klimawandel und den Einfluss des Menschen auf seine Entwicklung glauben, ist weiterhin hoch, ebenso wie die Sorgen über die Zukunft der Umweltbedingungen für nachfolgende Generationen.

Was sich verändert hat, ist die wahrgenommene Bedeutung des Klimawandels im Vergleich zu anderen Problemfeldern. Wenn Menschen sich auf zwei Probleme fokussieren müssen, wählen sie zunehmend seltener „Umwelt und Klimawandel“ als eines davon aus. Stattdessen spielen insbesondere die internationale Sicherheitslage und die wirtschaftliche Lage jetzt eine wichtigere Rolle als zuvor. Vor allem die wirtschaftliche Lage beeinflusst auch die Zustimmung zu Umwelteinstellungen, da sie zu einer geringeren Bereitschaft führt, Wachstumseinschränkungen für den Klimaschutz in Kauf zu nehmen. Der Klimaschutz hat also in Deutschland nicht unbedingt an Relevanz verloren. Vielmehr wurde er durch andere Problemfelder stärker in den Hintergrund gerückt.

Zustimmung zu Maßnahmen der Energie- wende und Energie- unabhängigkeit



Für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist die Zustimmung der Bevölkerung zu energiepolitischen Maßnahmen notwendig. Im Rahmen des Sozialökologischen Panels wurde daher die Zustimmung zu einzelnen Maßnahmen auf einer 5-Punkte-Likert-Skala ermittelt.

Die folgende Analyse berücksichtigt jeweils jenen Anteil der Teilnehmenden, die eine Maßnahme entweder eher oder voll und ganz befürworten. Wenngleich sich die Zustimmung zu den einzelnen Maßnahmen über die Jahre unterschiedlich entwickelt hat, erreichten im Jahr 2025 alle Maßnahmen einen ihrer höchsten Zustimmungswerte (Abbildung 6). Der Ausbau des überregionalen Stromnetzes hat eine kontinuierlich wachsende Zustimmung erfahren, die von 71,2 % im Jahr 2021 auf 88,0 % im Jahr 2025 gestiegen ist, während der Ausbau der erneuerbaren Energien über alle Jahre vergleichbar hohe Zustimmungswerte von knapp 90 % verzeichnete.

Befürwortung der genannten Maßnahmen für die Energiewende

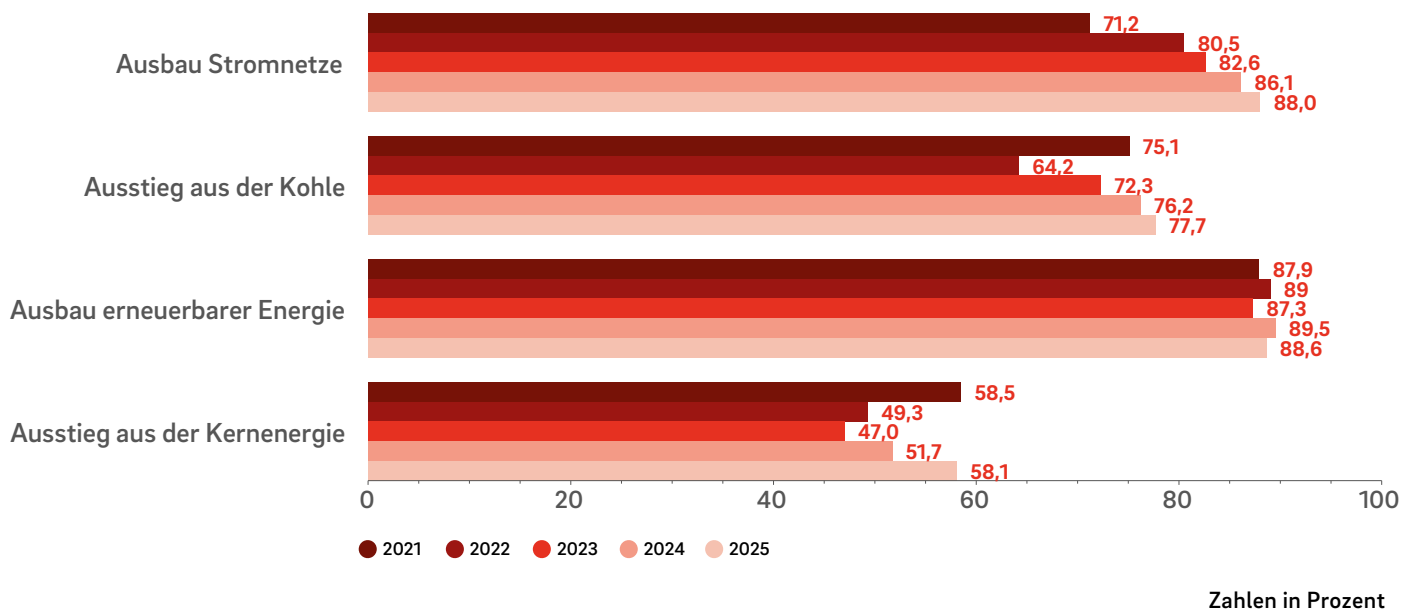
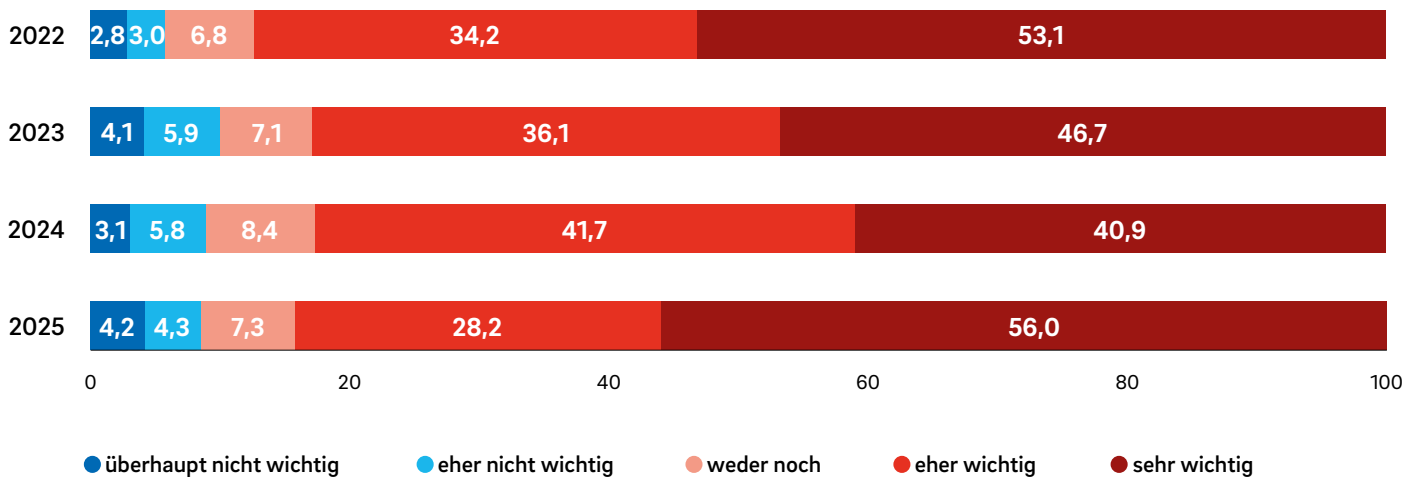


Abbildung 6 Anzahl an Antworten: n = 3.102-3.214
Quelle Sozialökologisches Panel 2021-2025. Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Zustimmung zum Atom- und Kohleausstieg hat sich ähnlich entwickelt, wenngleich auf unterschiedlichen Niveaus. Trotz des schon länger beschlossenen Atomausstiegs erfährt dieser eine geringere Zustimmung als der Kohleausstieg. Beide Ausstiege waren 2021 sehr beliebt und stießen auf Zustimmungsraten von 58,5 % (Atomausstieg) bzw. 75,1 % (Kohleausstieg). In den folgenden Jahren folgte ein Einbruch der Zustimmung, vermutlich ausgelöst durch die Energieknappheit infolge des russischen Angriffskrieges. Die Zustimmung zum Kohleausstieg lag 2022 nur bei 64,2 %, dem Atomausstieg stimmten 2023 nur noch 47 % der Befragten zu. Beide Raten haben sich bis 2025 wieder erholt und liegen nun auf einem Niveau, das mit dem von 2021 vergleichbar ist.

Vor dem Hintergrund der Energieknappheit infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Jahr 2022 zeigte sich neben einem Rückgang der Zustimmung zum Atom- und Kohleausstieg, dass eine große Mehrheit von 87,3 % der Befragten eine von anderen Staaten unabhängige Energieversorgung für eher oder sehr wichtig hält (Abbildung 7). Dieser Anteil ging in den folgenden zwei Jahren leicht zurück, stieg im Jahr 2025 aber wieder an. Der Anteil derer, die eine unabhängige Energieversorgung für sehr wichtig halten, erreichte im Jahr 2025 mit 56,0 % den bislang höchsten Wert.

Wichtigkeit von Energieunabhängigkeit



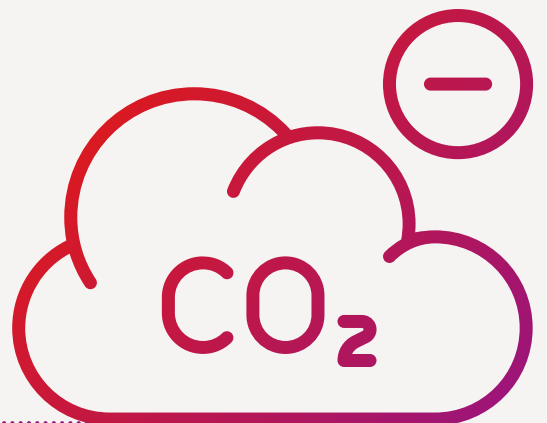
Zahlen in Prozent

Abbildung 7
Quelle

Anzahl an Antworten: n = 3.193-3.208

Sozialökologisches Panel 2022-2025. Eigene Berechnung und Darstellung. Anmerkung: In den Jahren 2022-2024 lautete die Frage „In der aktuellen Diskussion um die Energiesicherheit wird häufig davon gesprochen, dass die Energieversorgung in Deutschland unabhängiger von anderen Staaten werden sollte. Für wie wichtig halten Sie eine solche Energieunabhängigkeit in Deutschland?“, im Jahr 2025 wurde eine leicht veränderte Fragestellung verwendet: „Seit April 2023 importiert Deutschland zunehmend Strom aus dem Ausland. Für wie wichtig halten Sie es, dass Deutschland bei der Stromversorgung wieder unabhängiger vom Ausland wird?“

Zustimmung zu Verwendungen der Einnahmen der CO₂- Bepreisung



Neben den untersuchten regulatorischen Maßnahmen der Energiewende spielt die Bepreisung von CO₂-Emissionen eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels. In Deutschland erfolgt diese sowohl durch den Europäischen Emissionshandel als auch durch den nationalen CO₂-Preis, der unter anderem auf fossile Brennstoffe in den Sektoren Verkehr und Gebäude erhoben wird. Im Rahmen des Panels ist aufgrund wechselnder Fragekonstellationen leider keine langfristige Beobachtung der generellen Akzeptanz dieses CO₂-Preises selbst möglich. Das Sozialökologische Panel bietet jedoch die Möglichkeit, die Zustimmung zu verschiedenen Verwendungszwecken der daraus generierten Einnahmen im Zeitverlauf zu analysieren. Die Befragten konnten hierzu auf einer 5-Punkte-Likert-Skala angeben, wie stark sie die jeweilige Nutzung unterstützen würden.

Die mit Abstand beliebteste Maßnahme ist die Verwendung der Mittel für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit 84,4 % im Jahr 2025 und durchweg über 80 % Zustimmung in allen Erhebungsjahren genießt diese Maßnahme höchste Akzeptanz. Dieser Ansatz findet sich aktuell in Teilen in der Politik durch die Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds (KTF) wieder (Abbildung 8). Den zweithöchsten Zustimmungswert erhält die Senkung der Netzentgelte (66,7 %). Diese Option, die 2024 erstmals abgefragt wurde, bleibt auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.

Eine jährliche Rückzahlung der Einnahmen, die pauschal pro Kopf in gleicher Höhe gezahlt wird, ist bislang politisch nicht umgesetzt worden, stand aber in den vergangenen Jahren häufig unter dem Stichwort „Klimageld“ zur Diskussion. Die Zustimmung zu einer solchen Maßnahme zeigt einen klaren Aufwärtstrend: Lag die Zustimmung 2022 noch bei 30,1 %, so kletterte der Wert bis auf 44,5 % im Jahr 2024 und betrug im Jahr 2025 43,3 %. Dies macht die Pro-Kopf-Rückzahlung, wenn auch mit deutlichem Abstand zur Förderung der erneuerbaren Energien, zu einer akzeptierten Alternative.

Ähnliche Zustimmungswerte finden sich für die Nutzung der Einnahmen als Umverteilungsmaßnahme, um Haushalte mit geringem Einkommen zu entlasten, die oft keine finanziellen Möglichkeiten haben, um auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen. Diese Verwendungsmöglichkeit war 2021 mit 43,4 % beliebter als eine jährliche Pro-Kopf-Rückzahlung, verlor in den folgenden zwei Jahren allerdings an Beliebtheit – vermutlich aufgrund der gestiegenen Kosten im Rahmen der Energiekrise. In den vergangenen beiden Jahren erholte sich die Zustimmung wieder und lag 2025 mit 41,9 % in etwa gleichauf mit der jährlichen Rückzahlung.

Zustimmung zu Verwendungsvorschlägen für die Mehreinnahmen aus der CO₂-Bepreisung

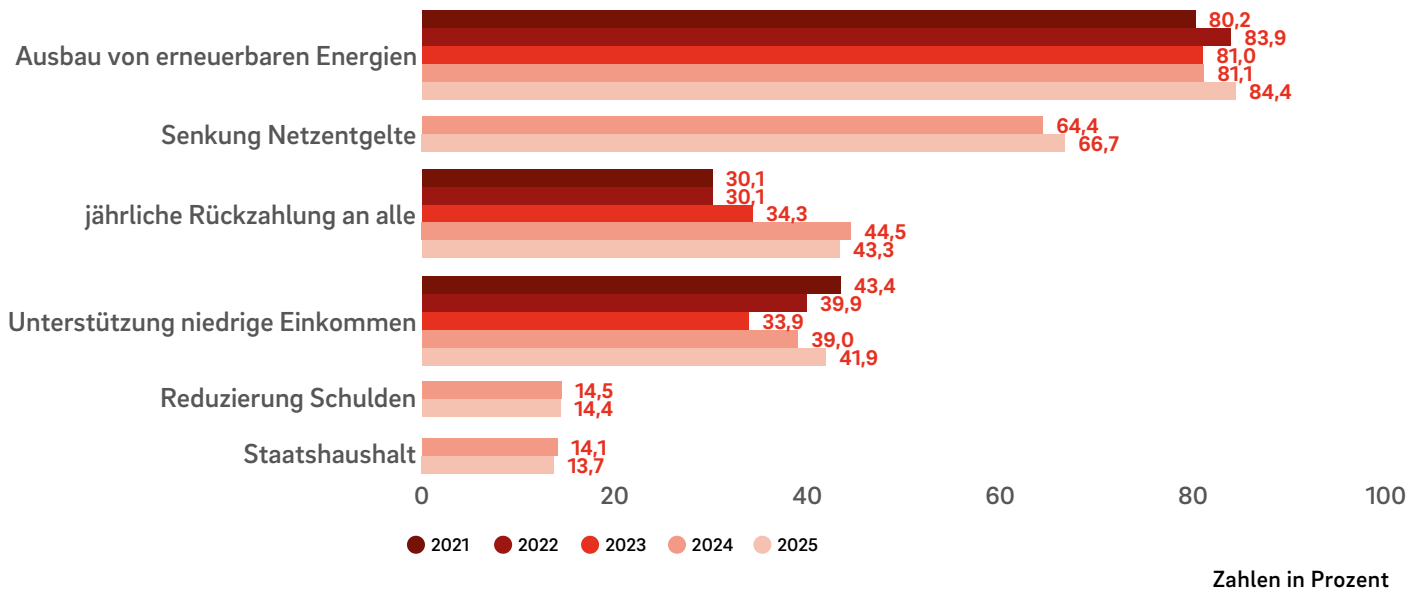


Abbildung 8

Anzahl an Antworten: n = 1.583-3.194

Quelle

Sozialökologisches Panel 2021-2025. Eigene Berechnung und Darstellung. Anmerkung: Aufgrund der Einbindung in ein Experiment mit zusätzlichen Informationen ist die Stichprobe für 2024 verkleinert. Ausgewertet werden hier lediglich die Teilnehmenden der Kontrollgruppe. Im Jahr 2025 wurden zwar der Hälfte der Befragten im Vorfeld in einem anderen Teil der Umfrage weitere Fragen zum CO₂-Preis gestellt. Da hier jedoch keine gezielten Informationstreatments genutzt wurden, wurden in diesem Fall alle Teilnehmenden des Panels berücksichtigt.

Fazit und Schluss- folgerung



Das Sozialökologische Panel belegt ein sich zeitlich wandelndes Bild in Bezug auf das Thema Klimawandel: Dieser hat als prioritäres Thema im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Herausforderungen seit dem Jahr 2021 für viele Menschen an Relevanz verloren. An den grundsätzlichen Überzeugungen zum Klimawandel hat sich hingegen praktisch nichts verändert.

Relevanzverschiebung durch andere Krisen

Vor allem die Themen wirtschaftliche Lage und internationale Sicherheit drängen den Klimawandel in der öffentlichen Wahrnehmung zurück.

- Während 2021 noch 59,3 % der Befragten den Klimawandel als eines der zwei wichtigsten Probleme sahen, waren es 2025 nur noch 31,8 %.
- Auch der Anteil der Menschen, die Klimaschutzmaßnahmen befürworten, selbst wenn diese das Wirtschaftswachstum einschränken, ist von 64,7 % im Jahr 2022 auf 51,8 % im Jahr 2025 gefallen.

Grundlegende Überzeugungen bleiben konstant

Während die Bedeutung des Klimawandels abgenommen hat, bleiben die grundsätzlichen Überzeugungen zum Klimawandel auf einem konstant hohen Niveau:

- 2025 glaubten 93,9 % an die Existenz des Klimawandels, von denen 72,4 % davon überzeugt waren, dass dieser menschengemacht ist. Diese Anteile sind seit 2023 stabil.
- Auch die grundsätzliche Sorge um die zukünftigen Umweltbedingungen liegt seit 2023 konstant bei etwas über 70 %.

Unterschiedliche Akzeptanz für Energiewende-Maßnahmen

Die Zustimmung zu bestimmten Maßnahmen der Energiewende ist im Jahr 2025 sogar auf dem höchsten Niveau seit 2021 angekommen. Es zeigt sich jedoch, dass die Unterstützung für einzelne Maßnahmen stark von einschneidenden Ereignissen und Krisen und deren Auswirkungen abhängt und daher im Zeitverlauf schwankt:

- Wie in den Vorjahren fand der Kohleausstieg 2025 eine höhere Zustimmung (77,7 %) als der Atomausstieg (58,1 %). Die Zustimmungswerte zu beiden Maßnahmen fielen stark im Rahmen der Energiepreiskrise in den Jahren 2022 und 2023, erholten sich aber in den Folgejahren.
- Ein großer Teil der Bevölkerung unterstützte 2025, wie schon in den Vorjahren, den Ausbau der erneuerbaren Energien (88,6 %). Der Ausbau des überregionalen Stromnetzes hat 2025 dasselbe Niveau erreicht.
- Die Bevölkerung bevorzugte 2025 die Verwendung der Einnahmen der CO₂-Bepreisung für den Ausbau erneuerbarer Energien (84,4 %). Im Gegensatz dazu fiel die Unterstützung einer gleichmäßigen (43,3 %) oder umverteilenden Rückzahlung (41,9 %) geringer aus. Die gleichmäßige Pro-Kopf-Rückzahlung hat seit 2021 jedoch erkennbar an Zustimmung gewonnen.

Schlussfolgerung für die Politik

- Politikerinnen und Politiker stehen vor der Aufgabe, die Bedeutung von Klimaschutz sowie die Notwendigkeit der damit einhergehenden Maßnahmen auch in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation und geopolitischer Krisen ausreichend zu kommunizieren. Die Politik sollte die Akzeptanz der Maßnahmen dadurch fördern, dass sie die Bevölkerung entlastet, um so das individuelle Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach Klimaschutz einerseits und der Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation andererseits abzumildern.
- Das Thema Klimawandel ist medial und politisch weiterhin sehr präsent und das grundlegende Problembewusstsein dafür in der Bevölkerung nach den Ergebnissen des Sozialökologischen Panels hoch. Trotz allem zeigt sich seit dem Jahr 2021, dass viele Bürgerinnen und Bürger andere Sorgen für zunehmend wichtiger halten, insbesondere die Sicherheitslage und die wirtschaftliche Situation in Deutschland. Dieser Verschiebung in den Prioritäten sollte die Regierung Rechnung tragen und versuchen, Klimaschutz und die wirtschaftliche Situation der Bürgerinnen und Bürger besser miteinander in Einklang zu bringen. Dies könnte beispielsweise dadurch geschehen, dass die Stromsteuer für private Haushalte auf das EU-weite Minimum gesenkt wird, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Studiendesign

Stichprobe

Die Stichprobe enthält die Antworten von 3.224 Teilnehmenden des forsa.omninet Panels mit einem Mindestalter von 18 Jahren, die an allen fünf Wellen des Sozialökologischen Panels seit 2021 teilgenommen haben. Die Rekrutierung für das forsa.omninet-Panel erfolgt zufällig und offline im Rahmen der von forsa täglich durchgeführten telefonischen Mehrthemenumfrage. Eine Selbstrekrutierung ist damit ausgeschlossen.

Erhebungsmethode

Quantitative Online-Befragung mittels eines strukturierten Fragebogens.

Gewichtung

Die Ergebnisse wurden bevölkerungsrepräsentativ gewichtet nach Bundesland, Region, Alter und Geschlecht.

Darstellung

Teilnehmende, die bei einer Frage „Weiß nicht“ oder „Keine Angabe“ ausgewählt haben, wurden aus der Analyse der jeweiligen Frage in dem Jahr entfernt. Eine Ausnahme aus technischen Gründen (Mehrfachauswahl) bildet hier Abbildung 1. Hier wurden diese Antworten mitgezählt.

Impressum

Autorinnen und Autoren

Dr. Jana Eßer
Prof. Dr. Manuel Frondel
Leander Holtz
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Titel

Bedeutung des Klimawandels im Zeitverlauf

Herausgeberin

E.ON Foundation gGmbH
Brüsseler Platz 1
45131 Essen

kontakt-foundation@eon.com
www.eon-foundation.com

Verantwortlich

Dr. Stephan Muschick
Geschäftsführer E.ON Foundation gGmbH

Projektleitung

Antje vom Berg
Projektmanagerin E.ON Foundation gGmbH

Gestaltung

&form Design Studio

Zitation

Eßer, Jana; Frondel, Manuel & Holtz, Leander (2026):
Bedeutung des Klimawandels im Zeitverlauf.
E.ON Foundation (Hrsg.)

August 2026